

Macht hoch die Tür

Europa ist zu unflexibel, um dem absehbaren Fachkräftemangel zu begegnen. Neben einer größeren Mobilität braucht es vor allem qualifizierte Einwanderer. Nur so wird der Aufschwung nachhaltig **VON KLAUS ZIMMERMANN**

Deutschland lässt sich derzeit in Europa für sein neues „Jobwunder“ feiern. In der Tat hat die größte EU-Volkswirtschaft in den vergangenen Jahren durch einen intelligenten Mix aus Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, einem kooperativen Verhalten der Tarifparteien und gezielten politischen Interventionen wie beim Kurzarbeitergeld eine Blaupause für ein innovatives Beschäftigungsmodell des gesamten Binnenmarkts geliefert.

Doch in einem entscheidenden Punkt kommt Europa nicht richtig voran, zumal ausgerechnet Deutschland auf der Bremse steht: Wie sichern wir die wirtschaftliche Dynamik der Gemeinschaft in den kommenden Jahren, die von zunehmender Überalterung und wachsender Fachkräfteknappheit geprägt sein werden? Die Beantwortung dieser Frage wird immer mehr zum Schlüssel für die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Brüssel hat diese Herausforderung erkannt und Erfolg versprechende Schritte eingeleitet, um die Union für hoch qualifizierte Zuwanderer aus nicht europäischen Drittstaaten attraktiver zu machen. So billigte der Ministerrat Ende Mai 2009 gemeinsame Mindeststandards für die gezielte Aufnahme von Fachkräften aus Drittländern, die dann im gesamten Wirtschaftsraum der EU arbeiten können. Bis 2011 müssen die Mitgliedsstaaten die Richtlinie zur „Blue Card“ umsetzen.

Würde diese Richtlinie in allen Mitgliedsländern konsequent umgesetzt, könnte Europa im Wettbewerb um Fachkräfte mit den USA,

Kanada und Australien eine interessante Alternative werden.

Doch danach sieht es momentan nicht aus. So wird den EU-Ländern ein viel zu großer Spielraum bei der Umsetzung der Richtlinie und der Setzung eigener Standards eingeräumt. Zum Beispiel müssen Inhaber der Blue Card, die in einen anderen EU-Staat umziehen wollen, die Karte erneut beantragen. Auch die maximale Gültigkeitsdauer von vier Jahren ist zu restriktiv.

Schon bei der EU-Osterweiterung waren es Deutschland und Österreich, die aus Angst vor einem vermeintlichen „Tourismus in den Wohlfahrtsstaat“ die Türen für Arbeitnehmer verschlossen hielten, während Länder wie Schweden, Großbritannien und Irland durch weitgehenden Verzicht auf Zugangsbeschränkungen Fachkräfte anlockten.

Für Deutschland war die Sperre ein grandioser Misserfolg: Die geringqualifizierten aus den östlichen Nachbarstaaten kamen dennoch, die begehrten Köpfe aber blieben fern. Wenn im Frühjahr 2011 auch bei uns die völlige Freizügigkeit gilt, ist es wohl zu spät, diese Fehler noch zu korrigieren.

Wohl aber kann man daraus für die anstehenden Entscheidungen auf europäischer Ebene lernen: Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union führt nicht zu Belastungen des Arbeitsmarkts und der Sozialver-

sicherungen oder zu einem Absinken des Lohnniveaus. Vielmehr steigt durch eine gezielt gesteuerte Zuwanderung die volkswirtschaftliche Effizienz Europas infolge einer Zunahme der Profite beim Faktor Kapital wie der Einkommen von Ungelernten, die durch die neuen Fachkräfte ebenfalls zu einem Job kommen. Qualifizierte Zuwanderung kann also ganz Europa zu mehr Gleichheit und größerem Wohlstand führen.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob das Bild eines inflexiblen Europas weiterhin für das Selbstverständnis und die Außenwahrnehmung des Kontinents prägend bleibt, ob die EU sich trotz all ihrer Erfolge in den vergangenen 60 Jahren eher als Festung denn als welt-offene Region definiert. Europa hat zu wenig und nicht zu viel Mobilität. Dies bremst seine Dynamik. Es braucht sowohl

eine größere Binnenflexibilität seiner Arbeitskräfte als auch eine gezielte Öffnung nach außen anhand klarer Kriterien. Dazu gehört zum Beispiel, temporäre Nachfrage durch intelligente Auktionssysteme anhand der Bedarfe des Arbeitsmarkts zu steuern, die eine begrenzte Zahl zeitlich befristeter Einwanderungs- und Arbeitserlaubnis ermöglichen.

Um eine mobilere Beschäftigung zu erreichen, ist allerdings ein ganzes Programm bündel erforderlich: Trotz einzelner Fortschritte fehlt etwa vielfach die An-

erkennung von formalen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen; auch die begrenzte Übertragbarkeit von Ansprüchen an das soziale Sicherungssystem und steuerliche Hürden sowie sonstige fehlende Rechtsharmonisierungen erweisen sich als äußerst hinderlich. Mangelnde Sprachkenntnisse und kulturelle Unterschiede kommen hinzu. Auch die fehlende Transparenz in den europäischen Online-Jobbörsen ist ein erheblicher Mangel. Die dringend gewünschte bedarfsorientierte Migration vollzieht sich zudem in Netzwerken, in die mit langer Perspektive investiert werden muss.

Plant jedes EU-Land auf eigene Faust drauflos, wird es nichts mit der kühnen Idee, die Blue Card als Pendant zur erfolgreichen amerikanischen Green Card zu profilieren.

Deutschland sollte deshalb vorgehen und innerhalb der Europäischen Union zum Motor werden für ein modernes gemeinsames Beschäftigungskonzept ohne überflüssige bürokratische Hemmnisse. Europa kann so Vorsorge treffen, dass der derzeitige milde Aufschwung dauerhaft und nachhaltig wird. Denn im kommenden Jahrzehnt gilt: Auf die Köpfe kommt es an.

E-MAIL leserbriefe@ftd.de

KLAUS ZIMMERMANN ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und Präsident des DIW Berlin.

Der Beitrag ist Teil der FTD-Reihe „Labor Europa“ zur Zukunft der EU.

WWW.FTD.DE/LABOREUROPA

